Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM., zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 228 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 30. September 1931

Nach dem Besuch.

Wenn es einem Volke in der Welt so schlecht geht wie dem deutschen, dann wird man es ihm kaum verdenken können, nach einem solchen Ereignis von historischer Bedeutung, wie es die Reise der französischen Minister nach Berlin unstreitig ist oder zum mindesten sein sollte, an die leitenden Staatsmänner Deutschlands die ungeduldige Frage zu richten: **Was ist denn nun dabei herausgekommen** oder was soll denn nun das Ergebnis sein, worin die Bedeutung dieser Konferenz bestehen?

Vorläufig wird diese Frage in der Hauptsache nur durch die amtliche Erklärung der Konferenzteilnehmer beantwortet, — und sehr ausgiebig ist diese Antwort gerade nicht! Daß eine **deutsch-französische Kommission** zur Regelung wirtschaftspolitischer Streitfragen, vielleicht auch zur Herbeiführung einer breiteren wirtschaftlichen Zusammenarbeit geschaffen werden sollte, war ja schon vor dem Besuch der Franzosen bekannt geworden. „Laval und Briand können bei ihrer Abreise aus Berlin mit Genugtuung feststellen, daß sie ihr Verhandlungsprogramm voll erfüllt haben", schreibt ein politisch rechtsstehendes Pariser Organ, ohne daß man nun damit etwas klüger wird. Jener neu zu gründenden Wirtschaftskommission ist ein Arbeitsfeld zugewiesen, dessen Umfang — mit Absicht — ganz unbestimmt gehalten ist, ebenso unbestimmt übrigens wie ihre Arbeitsmethode.

Etwas deutlicher wird man nur bei einem Punkt: „Nutzbarmachung" der seit 1927 gesammelten Erfahrungen hinsichtlich der **Auswirkungen des gegenwärtigen deutsch-französischen Handelsvertrages.** Daß dieser Vertrag zu einer beträchtlichen Steigerung des deutschen Warenabsatzes in Frankreich bis weit über den Umfang des französischen Exports nach Deutschland geführt hat, ist den Franzosen nämlich sehr schmerzlich! Und man hat in der französischen Wirtschaftspresse immer kräftigere und lautere Töne über den „deutschen Wettbewerb auf dem Boden Frankreichs" zu finden gewußt. Auf der anderen Seite wirkte die deutsche Devisenzwangswirtschaft hemmend auf den Export Frankreichs nach Deutschland und so ist es nicht unwahrscheinlich, daß Laval versucht, auf dem Berliner Besuch und hernach durch die Wirtschaftskommission nun den „gefährdeten" französischen Industrien **ein bißchen Luft** zu machen, etwa durch Verschiebung des Betätigungsfeldes wichtiger Teile unseres Exports. Durch „neue Vereinbarungen, und zwar gegebenenfalls in neuen Organisationsformen", wie es in der amtlichen Erklärung heißt. Nicht viel bestimmter wird diese auch dann nicht, wenn sie etwa die „Durchführbarkeit internationaler Abmachungen über Schiffahrt und Luftverkehr zu prüfen" als eine der Arbeitsaufgaben jener neuen Wirtschaftskommission bezeichnet.

Mit viel größerer Deutlichkeit aber wird immer wieder unterstrichen, daß sich die in der Kommission anbahnende Zusammenarbeit nicht gegen die anderen Völker richten solle. Auch wird grundsätzlich eine Politik der Zollerhöhungen als Kampfmittel gegen die Wirtschaftskrise ausgeschaltet —, was sich indirekt gegen entsprechende Pläne bzw. bereits vorliegende Beschlüsse anderer Staaten wendet; **Frankreich selbst hat ja in allerletzter Zeit sogar zu Einfuhrverboten gegriffen!** Aber die französischen Absichten gehen ja möglicherweise — wenigstens nach Ansicht mancher ausländischer Kreise — viel weiter: die bereits bestehenden **kartellmäßigen Bindungen zwischen Deutschland und Frankreich** auf dem Gebiet der Stahl-, Aluminium- und Kali-Industrie auszudehnen auf andere Gebiete der deutschen elektrotechnischen, chemischen, Glas- und Kunstseideindustrie, in die die Franzosen kapitalmäßig schon recht tief eingedrungen sind und z. T.

Welches also nach dieser praktisch-wirtschaftspolitischen Seite hin das Ergebnis des Berliner Besuchs ist, läßt sich heute und morgen überhaupt nicht sagen, sondern zunächst besteht lediglich die Tatsache, daß für eine solche beabsichtigte Wirtschaftszusammenarbeit eine feste Einrichtung beschlossen und geschaffen worden ist. Dies — aber auch nur dies! — kann man als den „ersten Schritt" bezeichnen; ob die danach und aus ihm sich ergebenden weiteren Schritte wirklich zu einer Besserung der deutsch-französischen Beziehungen führen, muß man als Deutscher erst einmal abwarten. Um ebenso wie es auf der Berliner Konferenz geschah, das rein Politische auszuschalten —, die Kommission wird, wie Dr. Curtius äußerte, „sich ihren Weg selbst suchen". Auch in dem wirtschaftspolitischen Teil der deutsch-französischen Beziehungen ist also die Elastizität bewahrt. Kein Weg ist verbaut.

Die eigentlich **entscheidende** Regulierung jener Beziehungen wird freilich durch dieses Ergebnis der Berliner Verhandlungen wesentlich nicht berührt. Das wird später geschehen, wenn zwischen den beiden Geldmächten der Welt die Auseinandersetzung erfolgt. Vielleicht läßt man dann aber das Politische nur offiziell draußen, um es schließlich doch durch **ein Hintertürchen** wieder hereinzuholen. Wenn es Lavals Absicht war und in seinem Programm stand, uns wie in Paris und London „politische" Bedingungen irgendwelcher Art aufzuerlegen für diesen ersten Schritt einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit, so hat man damit allerdings ebensowenig Erfolg gehabt wie damals. Und das ist schließlich auch ein — und nicht unerfreuliches — Ergebnis der Berliner Konferenz.

Für Privatwirtschaft und nationale Idee

Große Kundgebung der deutschen Wirtschaftsverbände.

Die führenden deutschen Wirtschaftsverbände haben dem Reichskanzler und sämtlichen Mitgliedern des Reichskabinetts, den Ministerpräsidenten der deutschen Länder, dem Reichsbankpräsidenten, dem Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft, dem preußischen Handelsminister und einer Anzahl führender Parlamentarier eine gemeinsame Erklärung gegeben, in der nach vorangehender Begründung folgende Vorschläge gemacht werden:

Alle Mittel der Selbsthilfe müssen ausgeschöpft werden, ebenso müssen zu gleicher Zeit für unsere innere Wirtschaftsführung folgende oberste Erfordernisse umfassend und schnell verwirklicht werden:

1. **Ein weiterer umfangreicher Aufgaben- und Ausgabenabbau** in der gesamten öffentlichen Hand, damit sich die Reparationsentlastung sofort in einer Senkung der die wirtschaftlichen Gestehungskosten besonders belastenden Steuern auswirken kann; erforderlich ist ferner, auch zur Erhaltung der Grundlagen unserer Kreditwirtschaft, eine Befreiung des bebauten Grundbesitzes von der Hauszinssteuer.

2. **Eine Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse.** Die Hauptvoraussetzung für eine individuelle Lohngestaltung ist eine Reform des Tarif- und Schlichtungswesens, durch die die Institution der Verbindlichkeitserklärung beseitigt und die eigene Verantwortung der Parteien wiederhergestellt wird.

3. **Anpassung der weit überhöhten Belastungen an das wirtschaftlich Mögliche** und durchgreifende Verwaltungsvereinfachungen auf allen Gebieten der Sozialversicherungen einschließlich der Arbeitslosenversicherung. Gerade, **weil** wir die Sozialversicherung erhalten wollen, halten wir es für unumgänglich notwendig, daß sie unverzüglich mit den wirtschaftlichen Kräften unseres Volkes in Einklang gebracht wird.

4. **Senkung der Tarife der Reichsbahn, der Reichspost** und der gemeindlichen Versorgungsbetriebe, mindestens entsprechend den seit 1929 eingetretenen erheblichen Preissenkungen.

5. **Befreiung des deutschen Geldmarktes** vom Druck der öffentlichen schwebenden Schulden durch eine unter Wahrung der Gläubigerrechte erfolgende Konsolidierung dieser Schulden.

6. **Endgültige Beseitigung aller Reste der Zwangswirtschaft,** insbesondere auch der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen.

Zusammen mit der Erfüllung dieser Forderungen müssen alle zukünftigen Akte der Gesetzgebung und Schritte der Verwaltung aufgebaut sein auf dem Grundsatz der

Sicherung des Privateigentums

und der Rechtssicherheit. Ferner ist es eine grundlegende Notwendigkeit, die **Währung** gesund zu erhalten und die Gefahren, die ihr von der Beibehaltung einer falschen Finanz- und Wirtschaftspolitik drohen, rechtzeitig zu beseitigen.

Nach der Auffassung der unterzeichneten Wirtschaftsverbände hängt die ganze staatliche, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft Deutschlands von dem freiheitlichen Grundsatz der Privatwirtschaft und dem bindenden Grundsatz der nationalen Idee und der nationalpolitischen Verantwortung ab.

England und die deutsche Wirtschaft.

Deutschland hält an der Goldbasis fest.

Das größte englische Nachrichtenbureau, Reuter, beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Pfundkrise auf die deutsche Wirtschaft. Reuter erblickt in der vorläufigen Schließung der deutschen Börsen ein Anzeichen für die Schwere der deutschen Krise und erklärt diese mit der Befürchtung, daß infolge des Fallenlassens des Goldstandards in mehreren Ländern große Beträge deutscher Wertpapiere auf den Markt geworfen und infolgedessen auch ausländische Valuten in beträchtlichem Umfange aus Deutschland herausgezogen werden könnten.

Die auffallende Reuter-Meldung wird in Londoner Finanzkreisen mit der Verärgerung über die angebliche Ablehnung einer britischen Anregung an die Deutsche Reichsbank begründet, dem englischen **Schritt aus der Goldbasis heraus** zu folgen.

*

Von zuständiger Berliner Stelle wird hierzu erklärt, daß sich in der geschlossenen Haltung der deutschen Börsen weniger Schwäche als der Wunsch ausdrücke, die deutsche Position aufrecht zu erhalten. Man müsse sich deutscherseits **vor einem Ansturm ausländischer Effektenverkäufe schützen,** um in der Lage zu bleiben, die Bestimmungen des Stillhalteabkommens loyal durchzuführen. Diese Maßnahme beweise es gerade, wie ernst es der deutschen Regierung und der Reichsbank damit sei, **an dem Goldstandard der Reichsmark festzuhalten.**

Lira und Pfund.

Mussolini hat sämtliche diplomatischen und konsularischen Vertretungen Italiens im Auslande angewiesen, nochmals den Gerüchten kategorisch und in aller Form zu widersprechen, nach denen die italienische Regierung angeblich beabsichtige, den durch das Gesetz vom Dezember 1927 festgelegten Stabilisierungskurs der Lira zu ändern (der Kurs beträgt 92 Lire gleich ein englisches Pfund).

*

Konjunkturumschwung in der englischen Industrie.

London, 29. September. Der Kursverlust des Pfundes macht sich bereits jetzt in verschiedenen englischen Industrien sehr stark bemerkbar. Werke der Wollindustrie, die Kurzarbeit eingeführt hatten, haben bereits in dieser Woche mit voller Belegschaft arbeiten können; andere treffen für die nächste Woche dazu Vorbereitungen, da es sich für die Spinnereien nicht mehr lohnt, deutsche und französische Waren einzuführen. Die jetzt einsetzende Hausse kann, wie die Presse behauptet, nur mit dem Jahre 1920 verglichen werden. Die Eisen- und Stahlindustrie sowie die Seidenindustrie meldet einlaufende Anfragen aus aller Welt sowie beträchtliche Kaufaufträge. Der Wechsel der Konjunktur in der Seidenindustrie ist hier so plötzlich eingetreten, daß mehrere Unternehmer ihre Angestellten telegraphisch zurückgerufen haben. Eine große Schuhfabrik erhielt eine Anfrage, ob sie bereit sei, einen Auftrag für 30 000 Paar Damenschuhe anzunehmen. Andererseits haben verschiedene Lebensmittelpreise im Großhandel eine schnellere Steigerung erfahren, als die Regierung zunächst angenommen hat.

Professor Cassel über die Gefährdung der Goldwährung.

Stockholm, 29. September. Der bekannte schwedische Nationalökonom Professor Gustaf Cassel sprach am Dienstag abend in Stockholm im Rundfunk über das Thema: „Stehen wir vor Aufhebung der Goldwährung?" Er bezeichnete die Wirtschaftskrise vor allem als Krise des internationalen Geldwesens und als eine Folge der außerordentlichen Nachfrage nach Gold, die gleichbedeutend sei mit einer gewaltigen Herabsetzung der Warenpreise. Der Wert der Banknoten beruhe im wesentlichen auf der Knappheit des Notenumlaufes und keineswegs auf der Deckung durch Gold. Die Goldansammlung in Frankreich und Amerika sei um so verhängnisvoller gewesen, als man mit diesem Goldzustrom nichts anzufangen gewußt habe. Jetzt, wo auch England und Skandinavien die Goldwährung aufgegeben hätten, sei die Krise auf die Spitze getrieben worden. Die Auflösung des internationalen Goldwährungssystems werde sich jetzt wahrscheinlich beschleunigt fortsetzen. Ob es möglich sein werde, ein internationales Währungssystem auf Goldbasis wieder aufzubauen, hänge davon ab, in wieweit die Zentralbanken Verständnis dafür aufbringen würden, daß sie ihre Ansprüche auf Goldreserven wesentlich herabsetzen müßten. Eine internationale Silberkonferenz könne keinen Erfolg haben, wenn nicht gleichzeitig die Goldfrage oder die Frage der künftigen Gestaltung des Geldwesens der Welt eine befriedigende Lösung finde. Wenn das Geldwesen einmal vom Golde frei gemacht werden müsse, so habe man keine andere Wahl als die reine Papierwährung, bei der die Stabilität der Kaufkraft nur durch eine planmäßig regulierte Knappheit der Zahlungsmittelversorgung erreicht werde.

Briand und Laval verlassen Berlin.

Die deutsch-französische Aussprache.

Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand haben nach zweitägigem Besuch Deutschland wieder verlassen. Zur Verabschiedung am Bahnhof hatten sich Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius sowie einige Mitglieder des Auswärtigen Amtes und das Personal der französischen Botschaft eingefunden.

Über die deutsch-französischen Beratungen der letzten Tage ist in der Öffentlichkeit eine Reihe Vermutungen im Umlauf, so daß man sich von deutscher amtlicher Seite verpflichtet fühlte, außer der amtlichen Mitteilung noch einige Erläuterungen zu geben.

So wird von zuständiger Seite betont, daß bei den deutsch-französischen Besprechungen politische Fragen nicht erörtert worden seien. Unrichtig sei ferner, daß die **Reparationsfrage** angeschnitten worden sei. Auch der interministerielle Ausschuß werde sich nicht mit dieser Frage befassen, da sie vor ein anderes Gremium gehöre. Es entspreche ferner nicht den Tatsachen, daß die materielle Seite der Fragen, deren Regelung dem geplanten interministeriellen Ausschuß überlassen bleibt, bereits erörtert worden sei. Unrichtig sei schließlich, daß über die Frage der Russenwechsel gesprochen worden sei.

In der amtlichen Verlautbarung über das Ergebnis der deutsch-französischen Besprechungen ist die Rede von neuen Absatzmöglichkeiten, die gesucht werden sollten. Das bedeute, so wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, nicht etwa eine Aufteilung der Absatzgebiete bestimmter Länder. Die **Schiffahrtsfrage** sei von französischer Seite

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF